

## Niederschrift

über die Sitzung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses

vom Dienstag, den 01. Oktober 1996

---

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister Brilmayer

Schriftführer: Walter

Anwesend waren die Stadträtinnen Gruber, Luther, Portenlänger und Will sowie die Stadträte Abinger, Geislinger (für August), Spötzl und Schechner.

Stellv. Bürgermeisterin Anhalt, 3. Bürgermeister Ried und Stadträtin Platzer nahmen als Zuhörer an der Sitzung teil.

Stadtrat Schechner verließ um 21.15 entschuldigt die Sitzung. 3. Bürgermeister Ried nahm ab diesem Zeitpunkt seine Stellvertretung wahr.

Entschuldigt fehlte Stadtrat August.

Beratend nahmen an der Sitzung Herr König und Frau Seidinger (zu TOP 3 und 4) teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte 1. Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

---

TOP 1

Städtepartnerschaft;

Rechenschaftsbericht der Partnerschaftskomitees

---

öffentlich

Zu diesem Tagesordnungspunkt war Frau Krämer-Jaax vom Partnerschaftskomitee anwesend.

Sie berichtete über die Aktivitäten des Komitees im letzten Jahr. Während des Jahres hatten verschiedenste Sitzungen stattgefunden. Der Weihnachtsmarkt fand großen Anklang in der Bevölkerung. Parallel zum Weihnachtsmarkt hatte im Rathausfoyer eine Fotoausstellung über Yssingeaux stattgefunden. Ein junger Mann sowie ein Au-Pair-Mädchen aus Yssingeaux konnten längere Zeit bei Familien in Ebersberg verbringen. Am Faschingszug nahm eine Delegation aus Frankreich teil. Vom 22. - 27. April waren 43 junge Fußballer und 4 Begleiter beim TSV zu Gast und konnten hier bei einem Fußballturnier und Ausflügen gute Kontakte knüpfen. Zum großen Gautrachtenfest waren 95 Personen von jung bis alt in der Zeit vom 19. bis 23. Juli anwesend. Die Unterbringung erfolgte in Familien. Neben der aktiven Teilnahme am Gautrachtenfest fand ein

Ausflug zum Schloß Herrenchiemsee statt. Das Treffen war ein sehr großer Erfolg, bei dem viele Bande geknüpft werden konnten. Letzten Samstag nahm das Komitee an der Ebersberger Weinstraße teil und verkaufte Wein und Wurst aus Yssingaux.

Demnächst sind ein Schüleraustausch der Realschulen und ein bilaterales Treffen geplant.

Leider sind in diesem Jahr zwei Mitglieder der Vorstandschaft, Herr Hanke und Herr Schmid, verstorben, die eine tiefe Lücke im Komitee hinterlassen.

Im Zuge der Öffentlichkeitsarbeit wird derzeit ein Video über Ebersberg erstellt und ein Sprachkurs angeboten. Am Anwesen Marienplatz 4 informiert das Komitee durch eine Aushangtafel. Weiter ist beabsichtigt, einen Faltprospekt über Ebersberg zweisprachig zu erstellen. Hierzu wird aber noch Kontakt zur Stadtverwaltung aufgenommen.

Der Sozialausschuß dankte dem Komitee für seine engagierte Arbeit, durch die bereits sehr gute Kontakte auf Bürgerebene geknüpft werden konnten.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um einen Bericht. Eine Beschlußfassung fand nicht statt.

## TOP 2

Dt. Pfadfinderschaft St. Georg, Grafing;  
Antrag auf Bezuschussung eines Sommerlagers

---

öffentlich

Die deutsche Pfadfinderschaft St. Georg, Grafing, bittet die Stadt um einen Zuschuß für ein Sommerlager in diesem Jahr. Hierbei waren Gesamtkosten in Höhe von 4.824,-- DM entstanden. Der Antrag ging auch an die Stadt Grafing und an den Kreisjugendring.

Bürgermeister Brilmayer erklärte, daß die Stadt vor einigen Jahren bei einem ähnlichen Zuschußantrag 400,-- DM gewährt hatte. Er schlug vor, dieselbe Summe beim vorliegenden Zuschußgesuch zu gewähren.

Einstimmig mit 9 : 0 Stimmen beschloß der Sozialausschuß, der dt. Pfadfinderschaft St. Georg, Grafing; für das Sommerlager 1996 einen Zuschuß in Höhe von 400,-- DM zu gewähren.

## TOP 3

Abfallwesen;

Vorstellung von haushaltsbezogenen Wiegemodellen

---

öffentlich

Frau Seidinger und Herr König informierten den Ausschuß eingehend über die Möglichkeit, die jeweilige Restmüllmenge bei der Tonnenleerung haushaltsbezogen zu wiegen und das Wiegeergebnis auf die Gebührenrechnung umzulegen. Damit könnten zum einen die Abfallgebühren verursachergerecht abgerechnet werden, zum anderen würde ein finanzieller Anreiz geschaffen, Abfall zu vermeiden und Wertstoffe konsequent aus dem Restmüll auszusortieren. Nachfragen bei anderen Gemeinden, die das Wiegesystem bereits eingeführt haben, ergaben, daß durch die Verwiegung die Restmüllmenge zum Teil bis zu 40 % reduziert werden konnte.

Frau Seidinger und Herr König erläuterten die technische Funktion des Wiegesystems. Der Stadt liegt ein Angebot vor, bei dem die Anschaffungskosten für ein geeignetes System bei 228.500,-- DM zuzügl. MwSt., die Wartungskosten bei ca. 11.000,-- DM/Jahr liegen würden. Ein Leasen des Systems ist möglich. Die Kosten für die Einrichtung und den Betrieb des Wiegesystems würden durch die mit der Restmüllverringerung verbundene Kosteneinsparung gedeckt werden.

Bürgermeister Brilmayer wies darauf hin, daß heute keine endgültige Entscheidung über die Einführung eines Wiegemodells getroffen werden könne, sondern lediglich die Meinung des Ausschusses eingeholt wird, bevor mit dem Abfuhrunternehmer über nähere Details verhandelt wird.

Stadtrat Schechner erklärte, daß sich die Müllreduzierung deutlich auf die Müllgebühren der Privathaushalte auswirken müsse. Außerdem befürchtete er, daß bedingt durch das Wiegesystem Abfälle vermehrt in Wald und Flur abgelagert werden.

Herr König wies darauf hin, daß durch das Wiegesystem Haushalte mit schlechter Sortiermoral ausfindig gemacht werden können. Die Abfallberatung kann dort dann gezielt Beratungsgespräche durchführen.

Auf Anfrage wurde erklärt, daß Haushalte, in denen Windeln anfallen, weiterhin kostenermäßig Müllsäcke bei der Stadtverwaltung erwerben können.

Frau Seidinger erklärte auf Anfrage von Stadträtin Portenlänger, daß mit Einführung des Wiegesystems verstärkt Kontrollen der grünen Tonne durchgeführt werden.

Stadtrat Geislinger erklärte, er könne dem Wiegesystem nur zustimmen, wenn die Müllgebühren für abfallbewußte Privathaushalte tatsächlich deutlich günstiger werden.

Der Umweltausschuß war sich großteils einig, daß sich ein Wiegesystem positiv auf Abfallvermeidung und -verwertung auswirken würde. Er beschloß mit 8 : 1 Stimmen, weiter in die

Systematik einzusteigen und als nächsten Schritt die Verwaltung zu beauftragen, mit dem Abfuhrunternehmen Eberherr über Kosten und Konditionen zu verhandeln.

#### TOP 4

Abfallwesen;

Bericht über das Mehrwegwindelsystem

---

öffentlich

Frau Seidinger berichtete, daß bei der Restmüllanalyse im Herbst '94 im Restmüll ein Anteil von ca. 5% Windeln gefunden wurde. Dies entspricht einem Gewicht von 45 t und damit einem von der Stadt Ebersberg zu entrichtenden Deponiezuschlag von 29.250,-DM. Um diese Kosten zu senken wurde nach einer Möglichkeit gesucht, den Eltern von Babies die Verwendung von waschbaren, mehrfach verwendbaren Stoffwindeln anzubieten. Seit April '95 werden alle frischgebackenen Eltern aus Ebersberg angeschrieben und ein Gutschein für ein Windelprobeset beigelegt. Bis September '96 wurden 142 Eltern angeschrieben, 85 davon haben sich das Probepaket abgeholt. Das entspricht ca. 60% der Eltern. 6 Eltern haben Lotties bei der Gebietsvertreterin von Ebersberg gekauft. Dadurch ergibt sich für die Stadt eine Einsparung von ca. 3 t im Jahr, das entspricht 1993,-DM/Jahr bei Ausgaben von 1691,-DM für 85 Windelsets.

Telefonische Nachfragen bei den Eltern ergaben, daß einige noch Lotties vom ersten Kind hatten oder mit anderen waschbaren Windeln wickeln. Manche kaufen sich Lotties auch in der Tauschzentrale oder haben sie von Bekannten bekommen.

Frau Seidinger empfahl, künftig nur noch tatsächliche Ausgaben für Mehrwegwindeln nach dem Vorbild der Stadt München zu bezuschussen. Das Geld kommt somit nur den Eltern zugute, die sich wirklich die Mühe machen, mit Mehrwegsystemen zu wickeln.

Einstimmig mit 9 : 0 Stimmen beschloß der Umweltausschuß, analog der Stadt München bei einer Anschaffung über 100,-DM - 40,-DM, über 200,-DM - 60,-DM und über 300,-DM - 80,-DM gegen Nachweis als Zuschuß zu gewähren.

#### TOP 5

Erhebung von Gebühren für Leistungen des Bauhofes bei Vereinsveranstaltungen

---

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer erinnerte an die Haushaltsberatung 1996, in deren Zusammenhang sich der FiVA einig war, im Hinblick auf die schwierige Haushaltssituation die Leistungen des Bauhofes für Vereinsveranstaltungen den Veranstaltern in Rechnung zu stellen. Hierdurch sollen die oft sehr umfangreichen Arbeitsleistungen des Bauhofes bewußt gemacht werden, der jeweilige Kostenaufwand ermittelt und Möglichkeiten zur Einsparung gesucht werden.

Folgende Leistungen wurden bislang in Rechnung gestellt:

1. Werbegemeinschaft Ebersberg: Kinderfest, 2.000,-- DM für Bühnenaufbau.  
Die Werbegemeinschaft erzielte einen Überschuß aus dem Fest in Höhe von 1.500,-- DM. Der Betrag wurde der Stadt als Zuschuß überlassen. Die Werbegemeinschaft bat, es dabei bewenden zu lassen, da ansonsten solche Veranstaltungen nicht mehr abgehalten werden könnten. Bürgermeister Brilmayer empfahl, die Rechnung als erledigt zu betrachten.
2. Spielmannszug: Weinfest: 6.000,-- DM für Bühnenabbau, Straßenabspernung und Aufräumarbeiten  
Der Spielmannszug sagte zu, im kommenden Jahr die Bühne selbst aufzubauen. Der Verein benötigt den Erlös aus dem Weinfest zur Finanzierung von Gastauftritten und den Erwerb von Bekleidungsgegenständen, die ansonsten wohl über Zuschußgesuche an die Stadt abgedeckt werden müssen. Bürgermeister Brilmayer empfahl, den Rechnungsbetrag - auch im Hinblick auf die Bedeutung des Weinfestes für Ebersberg - zu erlassen.
3. Trachtenverein: Gautrachtenfest; Gesamtleistung des Bauhofs: 13.789,-- DM  
Bürgermeister Brilmayer informierte, daß der Trachtenverein Einnahmen aus dem Fest in Höhe von 4.800,-- DM je zu einem Drittel an die Stadt, an einen Kindergarten und für die Pfarrkirchensanierung gestiftet hat. Er empfahl im Hinblick auf die Bedeutung des Festes für die Stadt Ebersberg, es dabei bewenden zu lassen. Das Fest war einmalig und wird wohl erst wieder in ein paar Jahrzehnten in Ebersberg stattfinden.
4. Werner Hubert: Hofjagd im Klosterbauhof; Gesamtleistungen Bauhof: 5.000,-- DM  
Der Stadt wurden zahlreiche Requisiten wie Beleuchtungsgegenstände, Bühnenelemente dgl. überlassen, die für kommende Veranstaltungen genutzt werden können. Herr Hubert bat, im Gegenzug den Rechnungsbetrag zu erlassen.

Einstimmig mit 9 : 0 Stimmen beschloß der Sozialausschuß, die Rechnungsbeträge wie vorgetragen zu ermäßigen. Der Ausschuß war sich einig, im Vereinskartell darauf hinzuweisen, daß die Stadt durch die Rechnungsstellung auf keinen Fall das wertvolle Engagement und die Aktivitäten der Vereine einschränken möchte.

TOP 6

Volksfestplatz;  
Lärmbelästigung der Anwohner

---

öffentlich

Der Ausschuß wurde davon in Kenntnis gesetzt, daß sich derzeit die Beschwerden der Anwohner des Volksfestplatzes und der Sieghartsburg über die Lärmbelästigungen durch die zahlreichen Veranstaltungen in der Volksfesthalle und im Saal der Sieghartsburg häufen. Gleichzeitig besteht

von Seiten der Bürger, insbesondere der Vereine ein hohes Bedürfnis an Angeboten für Veranstaltungen verschiedenster Art.

Die Stadt war schon bisher und ist auch weiterhin bemüht, Voraussetzungen zu schaffen, die in diesem Interessenkonflikt akzeptable Bedingungen für beide Seiten ermöglichen.

Um dabei die beiden Veranstaltungsorte für die Stadt zu erhalten, muß unbedingt soweit wie möglich auf die Bedürfnisse der Anwohner Rücksicht genommen werden, um gerichtliche Schritte von dieser Seite zu vermeiden.

Dieses Thema wurde vor kurzem in einem Gespräch zwischen der Stadtverwaltung und der Polizeiinspektion Ebersberg eingehend erörtert.

Die Erfahrungen der Polizei vor Ort in den letzten Jahren hat gezeigt, daß die von der Stadt für die einzelnen Veranstaltungen verfügbaren Auflagen von den Veranstaltern nur unzureichend eingehalten wurden. Allerdings ergab die Praxis auch, daß der Vollzug dieser Auflagen aufgrund ihrer Beschaffenheit nur schwer durchzusetzen war; so ist vor allem die Überprüfung der Einhaltung von in genauen Dezibel angegebenen Lärmwerten ohne Meßgerät unmöglich. Damit waren der Polizei im Vollzug bisher oft die Hände gebunden, da ein eindeutiger Verstoß gegen die Auflagen nicht nachgewiesen werden konnte.

Um hier Abhilfe zu schaffen, soll in Zukunft die Auflage bezüglich der Lärmimmissionen so formuliert werden (mit Worten, ohne Zahlenwerte), daß bei objektiver Bewertung durch die Polizei vor Ort eine Entscheidung über das Maß der Belästigung eines Beschwerdeführers getroffen werden kann. Vorgeschlagen wird folgende Formulierung:

"Musikdarbietungen und Lautsprecherdurchsagen sind hinsichtlich der Lautstärke so zu bemessen, daß die Anwohner des Volksfestplatzes/ der Sieghartsburg nicht über Gebühr belästigt werden; dies gilt insbesondere für die Zeit der Nachtruhe ab 22.00 Uhr bis zum Beginn der Sperrzeit."

Desweiteren soll bei Veranstaltungen mit Musikdarbietungen, die einen hohen Geräuschpegel erwarten lassen, der Zeitpunkt für die Beendigung der Musikdarbietungen unabhängig von der Sperrzeit nach vorne verlegt werden. Auch dies ist eine Auflage, deren Einhaltung von der Polizei ohne Schwierigkeiten durchgesetzt werden kann.

Darüberhinaus werden alle Veranstalter gebeten, im Vorfeld ihrer geräuschträchtigen Veranstaltungen persönlichen Kontakt zu den Anwohnern aufzunehmen, und die Situation so zu entschärfen. Dies könnte u.U. sogar zur Auflage gemacht werden. Der Verein Kulturstudio ist bei den diesjährigen Kulturtagen so verfahren. Zu dieser Veranstaltung gingen keinerlei Beschwerden bei Stadt oder Polizei ein.

Der gesamte Themenkomplex soll auch in der nächsten Sitzung des Vereinskartells diskutiert werden, um die Notwendigkeit der Einhaltung aller Auflagen wieder einmal deutlich zu machen.

Stadträtin Portenlänger sprach sich dafür aus, die Anwohner in die Veranstaltungen mit einzubeziehen. Sie wies in diesem Zusammenhang auf den guten Erfolg des Ferienprojektes des Vereins Abenteuerspielplatz hin. Der lärmintensive Percussion-Kurs soll nächstes Jahr in die Volksfesthalle verlagert werden.

Auf Anfrage von Stadträtin Will und Stadträtin Portenlänger erklärte Herr König, die Stadt sollte nicht von sich aus die Anlieger über Veranstaltungen informieren, da der Stadt Details zur jeweiligen Veranstaltung oft nicht bekannt sind.

Einstimmig mit 9 : 0 Stimmen beschloß der Sozialausschuß, wie von der Verwaltung vorgetragen zu verfahren.

## TOP 7

Umsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männer

a) Vollzug des bayer. Gleichstellungsgesetzes

b) Fortführung der städt. Frauenberatung

---

öffentlich

Auf Antrag von Stadträtin Portenlänger wurde Stadträtin Platzer zu diesem TOP das Rederecht eingeräumt.

Herr König informierte den Ausschuß über den Inhalt des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes (BayGIG), das zum 1. Juli 1996 in Kraft getreten ist. Das Gesetz fordert u.a. für Behörden im Freistaat mit über 100 regelmäßig Beschäftigten die Bestellung einer/eines Gleichstellungsbeauftragten und alle drei Jahre die Aufstellung eines Gleichstellungskonzeptes.

Der Ausschuß erörterte eingehend das vorliegende Gleichstellungsgesetz. Die Auslegung des Gesetzes stellt sich derzeit noch etwas kompliziert dar, da Kommentare bislang fehlen und die wenigen vorhandenen Fachbeiträge teils unterschiedliche Aussagen treffen. Kernpunkt sei die Bedeutung des Gleichstellungsgesetzes für die Stadtverwaltung Ebersberg.

Bürgermeister Brilmayer schlug vor, obwohl nicht zwingend vorgeschrieben die Stelle des/der Gleichstellungsbeauftragten intern im Haus auszuschreiben und ein Gleichstellungskonzept zu entwickeln.

Der Ausschuß diskutierte eingehend über die Möglichkeit, für die Gleichstellungsstelle auch eine Außenwirkung zu erzielen. Die wäre nach Ansicht der Fraktionen SPD und Grüne durch Erlaß einer entsprechenden Satzung gemäß Art.20 BayGIG möglich.

Stadträtin Portenlänger monierte, daß durch die Darstellung der städtischen Frauenberatungsstelle durch stellv. Bürgermeisterin Anhalt in der Öffentlichkeit seit langem die Meinung vorherrscht, die Stadt hätte bereits eine Gleichstellungsstelle.

Stadträtin Will bat unter Hinweis auf die Situation in der freien Wirtschaft, die Gleichstellungsstelle möglichst weitreichend und effizient einzurichten. Es sollte die Möglichkeit einer gemeinsamen hauptamtlichen Gleichstellungsstelle, eventuell zusammen mit einer anderen Gemeinde, geprüft werden.

Bürgermeister Brilmayer wies darauf hin, daß auf einen vertretbaren Personal- und Kostenaufwand geachtet werden müsse.

Der Ausschuß erörterte weiterhin eingehend die Fortführung der städt. Frauenberatung. Stadträtin Gruber stellte den Antrag, die 8 Stadträtinnen sollten sich in einer Arbeitsgruppe zusammensetzen und ein Konzept über die Fortführung der Frauenberatungsstelle entwickeln.

Nach eingehender Debatte faßte Bürgermeister Brilmayer zusammen, daß die Stelle eines/einer Gleichstellungsbeauftragten intern im Haus ausgeschrieben und die Fortführung der Frauenberatungsstelle in einem Gespräch der 8 Stadträtinnen erörtert werden soll. In der nächsten Sitzung des Sozialausschusses wird hierüber wieder beraten.

Eine Beschlußfassung fand zu diesem Tagesordnungspunkt nicht statt.

Bürgermeister Brilmayer berichtete über Einzelheiten zum Ausscheiden von Stadtjugenpflegerin Monika Seliger. Der Ausschuß war sich einig, aufgrund der vorgeschrittenen Sitzungszeit den TOP „Fortführung der Stadtjugendpflege“ heute nicht mehr zu behandeln und hierfür für nächsten Dienstag eine Sozialausschußsitzung vor der Finanzausschußsitzung zu laden.

TOP 8

Wünsche und Anfragen

---

öffentlich

Stadtrat Abinger bat, die Wertstoffcontainer am Krankenhausparkplatz an der B 304 öfter zu leeren.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 22.35 Uhr

Ebersberg, den 09.10.96

Brilmayer  
Sitzungsleiter

Walter  
Schriftführer